



Die Internationale Arbeiterkorrespondenz

Nr. 24, Juni 2025

Internationalistische Sozialistische Gruppe
deutsche Sektion des Organisationskomitees
für die Wiederherstellung der IV. Internationale (OK)
<https://internationalistische-sozialistische-gruppe.org>

Einladung zum Treffen der Internationalistischen Sozialistischen Gruppe (ISG)
am Mittwoch, 25. Juni 2025, 18.00 Uhr (per Videokonferenz *)

Welche Position sollen und müssen die Werktätigen in Deutschland gegenüber den Kriegsvorbereitungen gegen China einnehmen?

Der Aufruf an die Arbeiter/innen weltweit, der am 22. März bei der Dringlichkeitskonferenz gegen den globalen imperialistischen Krieg verabschiedet wurde, leitet ein mit der Feststellung: „Der Völkermord am palästinensischen Volk, drei Jahre Blutvergießen in der Ukraine, die Massaker in der Demokratischen Republik Kongo, die Kriegsvorbereitungen gegen China usw. Es scheint sich um unterschiedliche Konflikte zu handeln, aber in Wirklichkeit handelt es sich um verschiedene Facetten ein und desselben Krieges, der dazu neigt, sich zu verallgemeinern.“

Es ist der globale imperialistische Krieg, der vor unseren Augen tobt. Keine Kollegin, kein Kollege steht diesem globalen Massaker gleichgültig gegenüber.

Ohne den Völkermord am palästinensischen Volk, den Krieg in der Ukraine, die Kriege auf dem afrikanischen Kontinent als nachrangig zu betrachten, wollen wir dennoch ein Kriegsgebiet herausgreifen: China.

Unübersehbar sind die Kriegsvorbereitungen gegenüber China. In »Die Internationale« heißt es im Editorial der Nummer 38: „Die chinesische Bürokratie, die jedes Recht der Arbeiter auf Organisation verbietet, hat zwar den amerikanischen multinationalen Konzernen die Türen geöffnet, aber das reicht dem Imperialismus nicht mehr. Er muss noch weiter gehen und die gesamten Eigentums- und Sozialverhältnisse, wie sie derzeit in China bestehen, auflösen, um den Großteil des chinesischen Marktes direkt unter seine Kontrolle zu bringen.“

Innerhalb »linker« Gruppen und Organisationen gibt es eine Konfusion zur Frage des Charakters des chinesischen Staates. Einigen gilt er als »kapitalistischer«, anderen als »imperialistischer« Staat. Die Bedeutung der Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln erscheint diesen Gruppen im Rahmen ihrer »Analysen« - wenn überhaupt - als zweitrangig. Damit verbunden ist die Position eines »revolutionären Defätsismus«, der im Fall des Krieges zwischen dem US-Imperialismus und China einzunehmen sei. Für uns steht dagegen der Kampf gegen die Zerstörung der Errungenschaften der Arbeiterklasse - und dazu gehören die

Eigentums- und Sozialverhältnisse in China! - und der Kampf für ihre Rückeroberung durch die revolutionäre Arbeiterklasse im Zentrum der Kämpfe.

Warum kann die Arbeiterklasse in Deutschland in dieser Frage des Staatseigentums unter bürokratischer Kontrolle - nicht nur vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen - nicht »neutral« sein und muss eine Position einnehmen?

Über 30 Jahre nach der Einheit Deutschlands, der Kohl'schen Prophezeiung der »blühenden Landschaften« stellen wir fest: Der Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium ist nicht in der Lage, den Produktivkräften einen wie auch immer gearteten Aufschwung zu verleihen. Der Prozess der Verwandlung der Produktivkräfte in Destruktionskräfte ist in vollem Gange, wie die »Umstellung« der Produktion auf Rüstungsgüter, die gigantischen Kriegshaushalte und die Forcierung des Marsches in einen heißen Krieg durch US-Imperialismus, EU und Regierung Merz deutlich zeigen.

Nach über 30 Jahren gilt für den Osten: »Die Lohndifferenz zwischen Ost und West bei Vollzeitbeschäftigen liegt derzeit bei 19 Prozent beziehungsweise 838,46 Euro brutto im Monat, wenn man die durchschnittlichen Gehälter in Ost- und Westdeutschland vergleicht«, schreibt der DGB am 22. Oktober 2024. Im Osten, so der DGB, arbeiten nur noch 44 Prozent der Beschäftigten unter dem Schutz eines Tarifvertrages. Im Westen hat infolge der Deregulierung, der Hartz-Gesetze, der »Agenda 2010« der Schröder-Regierung und deren Verschärfung durch die Folgeregierungen bis heute die Erosion der Tarifbindung dazu geführt, dass auch dort nur noch 50 Prozent der Beschäftigten unter den Tarifvertrag fallen. Bezogen auf die Betriebe ist die Situation (2022) noch dramatischer: Für lediglich rund 24 Prozent der Betriebe im Westen und rund 16 Prozent der Betriebe im Osten gilt der Branchen-/Flächentarifvertrag.

Diese Aufzählungen der Folgen der Zerstörung des Staatseigentums und der kapitalistischen Restauration, die keine Entwicklung der Produktivkräfte bringt, ließe sich weiter fortsetzen.



→ Doch kommen wir zurück auf China:

Zitieren wir einen Beitrag der TCI (Tendance communiste internationale / Internationalistische Kommunistische Tendenz IV. Internationale) – Frankreich:

Für Trump ist der Feind: China.

Warum ist das so?

Welche Haltung sollten die Arbeiter der Welt einnehmen?

Dieser Artikel wurde auf der Grundlage eines Vortrags verfasst, der beim »marxistischen Freitag«, einem marxistischen Schulungsabend der TCI gehalten wurde. Die französische Sektion der IV. Internationale hat den Vortrag (auf Französisch) auf dem YouTube-Kanal von La Tribune des travailleurs eingestellt: <https://latribunedestravailleurs.fr/2025/03/28/pourquoi-la-chine-est-elle-la-cible-des-preparatifs-de-guerre-de-l'imperialisme-americain/>

Man kann nicht für den Aufbau einer Gesellschaft kämpfen, die auf den Bedürfnissen der Menschheit (und nicht auf den Profiten einer Handvoll Kapitalisten) basiert - mit anderen Worten für den Sozialismus - ohne die einzige gesellschaftliche Kraft zu verteidigen, die in der Lage ist, ihn durchzusetzen: die Arbeiterklasse, und daher kann dieser Kampf nicht geführt werden ohne die Organisationen und Errungenschaften zu verteidigen, auf denen die Arbeiterklasse beruht. Wie Trotzki 1940 schrieb: „Wer alte Positionen nicht verteidigen kann, wird niemals neue erobern“. [Bilanz der finnischen Ereignisse. In: Verteidigung des Marxismus. S. 276. Berlin: 1973.] In diesem Zusammenhang müssen wir auch die Frage Chinas ansprechen. Warum steht China jetzt im Mittelpunkt der Kriegsvorbereitungen des US-Imperialismus?

Das Paradoxon der chinesischen Revolution von 1949

Was ist China heute? Es ist ein politisches und soziales Regime, das aus einer proletarischen Revolution hervorgegangen ist, der Revolution, die am 1. Oktober 1949 siegte, als die Truppen der Guomindang (der chinesischen bürgerlich-nationalistischen Partei) gezwungen wurden, das chinesische Festland zu verlassen und nach Taiwan zu fliehen.

Doch diese Revolution hatte einen besonderen Charakter: Die politische Macht wurde von Anfang an von der bürokratischen Führung der Kommunistischen Partei Chinas konfisziert (anders als in Russland, wo sich im Oktober 1917 eine echte Arbeiterrevolution durchgesetzt hatte, die dann einige Jahre später in eine Bürokratie ausartete). Und doch war es eine soziale Revolution. Im Jahr 1949 war China ein feudales Land, das von Kriegsherren regiert und von den imperialistischen Großmächten ausgeplündert wurde. Die soziale Revolution von 1949 ermöglichte es der chinesischen Nation, sich als souveräne Nation zu etablieren und die Herrschaft der Kriegsherren und der imperialistischen Mächte abzuschütteln. 1949 wurde in China das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft. Der Staat, der aus diesem Prozess hervorging, um die neuen Eigentumsverhältnisse zu verteidigen, war zweifellos ein Arbeiterstaat, aber ein bürokratisch deformierter Arbeiterstaat, aus dem die Arbeiterklasse von der Bürokratie sofort von der politischen Macht ausgeschlossen wurde. Dies ist das Paradoxon der chinesischen Revolution von 1949.

Die chinesische Wirtschaft

wächst schneller als die US-Wirtschaft

Heute ist China die zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt und konkurriert in vielen Bereichen mit der größten, der US-

Wirtschaft. Im Jahr 1949 gab es in China 8 Millionen Lohnabhängige bei einer Bevölkerung von 540 Millionen, von denen die meisten Bauern waren. Zwischen 1949 und 2019 ist die Zahl der Werktätigen in China von 8 Millionen auf 580 Millionen angestiegen. Sie ist die zahlenmäßig stärkste Arbeiterklasse. Für Marxisten ist ein wesentliches Kriterium für die Beurteilung der Entwicklung von Gesellschaften ihre Fähigkeit, Produktivkräfte zu entwickeln (wobei die menschliche Arbeitskraft die wichtigste ist).

Diese Arbeiterklasse ist nicht nur sozial und wirtschaftlich mächtig, sondern ihre Macht als Klasse kommt auf allen Ebenen der Gesellschaft zum Ausdruck. Es stimmt, dass die Bürokratie die Arbeiter daran hindert, unabhängige Organisationen zu bilden. Es stimmt, dass die offiziellen Gewerkschaften nicht wirklich Instrumente der Arbeiterklasse sind. Dennoch gibt es in China jedes Jahr Tausende von Streiks, die von der Bürokratie als »Massenvorfälle« (Streiks, Demonstrationen, Unruhen) bezeichnet werden: im letzten Jahr waren es mehr als 1.500. Die Arbeiterklasse ist trotz aller Hindernisse, die ihrer Organisation im Wege stehen, aufgestanden und hat gehandelt.

Das US-Magazin Fortune Global 500 listet die 500 wertvollsten Unternehmen der Welt auf. Im Jahr 2015 entfielen 127 der 500 auf die USA, die 11 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP) erwirtschafteten. Zur gleichen Zeit war China mit 98 Unternehmen vertreten, die 8 Prozent des weltweiten BIP erwirtschafteten. Im Jahr 2024 sind die USA von 127 auf 141 Unternehmen angewachsen, die immer noch 11 Prozent des globalen BIP erwirtschaften, und China von 98 auf 128, die 9 Prozent des globalen BIP erwirtschaften. Und Fortune weist darauf hin, dass die meisten dieser chinesischen Unternehmen zu mehr als 50 Prozent vom Staat kontrolliert werden. Dieses kapitalistische Magazin sagt also selbst, dass die chinesische Wirtschaft schneller wächst als die der USA und dass diese Wirtschaft immer noch weitgehend von Unternehmen dominiert wird, die sich in staatlichem und nicht in privatem Besitz befinden.

Wer leitet die chinesische Wirtschaft?

Das bringt uns zu der Frage: Wer leitet die chinesische Wirtschaft? Ein riesiger bürokratischer Apparat, an dessen Spitze die Kommunistische Partei Chinas und ihre 100.000 Betriebszellen stehen, die vom Manager bis zum Arbeiter alles kontrollieren. Es ist die Kommunistische Partei Chinas, die die Wirtschaft leitet, den Plan aufstellt, das Außenhandelsmonopol garantiert (d. h. was im Ausland verkauft oder nicht verkauft wird, was im Ausland gekauft oder nicht gekauft wird), die die Währung kontrolliert usw. Diese Wirtschaft erfüllt nicht die Kriterien einer kapitalistischen Wirtschaft, die auf freiem Unternehmertum, freiem Wettbewerb und der Eroberung von Märkten beruht. Sie entspricht auch nicht dem Sozialismus, d. h. der Organisation eines Plans, der sich an den Bedürfnissen der breiten Masse der Bevölkerung orientiert. Es handelt sich also um eine Gesellschaft mit einem instabilen Gleichgewicht, die sich im Übergang von der alten Feudalgesellschaft zu einer Situation befindet, die in die eine oder andere Richtung kippen kann. Die alternative Entwicklung ist offen, und genau darum geht es hier.

Die Entscheidungen der chinesischen Bürokratie orientieren sich nicht an den Regeln des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Sie richten sich in erster Linie nach den Erfordernissen des Überlebens der Bürokratie selbst. Seit einigen Jahren nähert sie sich immer mehr der Öffnung für den kapitalistischen Markt, fördert den Eintritt ausländischer multinationaler Unternehmen und die Bildung einer embryonalen Kapitalistenklasse, die Eigentümerin von Produktionsmitteln

ist, aber (zumindest vorläufig) innerhalb der von der Partei gesetzten Grenzen und unter ihrer Kontrolle. Kapitalisten, die diese Grenzen verletzten, wurden schlicht und einfach besiegt. Die Bürokratie kann auch - wenn der Druck der Arbeiterklasse zu groß wird - Maßnahmen ergreifen und dem Druck nachgeben. Nicht, weil sie eine arbeiterfreundliche Haltung einnimmt, sondern weil sie, wie alle Bürokratien, eine Revolution fürchtet.

Die Europäische Kommission protestiert gegen die „staatliche Planung in China“

Genau das ist der Zankapfel des Kapitalismus, insbesondere des amerikanischen Kapitalismus. Die einzigen Regeln, die im Kapitalismus - ob unter Trump oder Biden - gelten sollten, sind die des Marktes: Arbeiter ausbeuten, Waren produzieren, Mehrwert abschöpfen, diesen durch den Verkauf der Waren realisieren und so weiter. Die chinesische Regierung hingegen kann beschließen, mit Verlust zu verkaufen, wenn sie der Meinung ist, dass dies in ihrem Interesse liegt. Das hat sie bereits getan. Sie kann beschließen (und hat es gerade getan), die chinesische Produktion anzukurbeln, indem sie den Arbeitern mehr Kaufkraft zugesteht, oder indem sie ihrer Wirtschaft Subventionen gewährt, die den Wettbewerb ruinieren. Die amerikanischen Kapitalisten und die Europäische Union beschweren sich Tag für Tag darüber. So hat die Europäische Kommission im April 2024 in einem 700-seitigen Bericht die „Auswirkungen der staatlichen Planung in China“ angeprangert: Die staatlichen Subventionen, die China seinen Unternehmen gewährt, sind drei- bis neunmal höher als die der kapitalistischen Länder. Und doch macht die chinesische Führung immer mehr Ankündigungen, wie die von Xi Jinping am 28. März, zugunsten einer Öffnung für den Kapitalismus.

An der Seite der chinesischen Arbeiter!

Die Internationalistische Sozialistische Gruppe, deutsche Sektion im Organisationskomitee für die Wiederherstellung der IV. Internationale (OK) lädt ein zur Diskussion dieser Fragen (per Webex*), die untrennbar verbunden sind mit dem Kampf für den Sozialismus, d.h. die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, in der die Arbeiterklasse die Macht in ihren Händen hält. Dies ist untrennbar verbunden mit dem Kampf für den Aufbau einer unabhängigen internationalistischen Arbeiterpartei. Wir als Genossen der IV. Internationale kämpfen dafür auf der Grundlage unseres Programms, des »Übergangsprogramms« - allerdings ohne dies als Ultimatum an die übrigen Arbeiterkämpfer zu richten.

*** Zusendung des Webex-Links erfolgt nach Anmeldung unter okw4i@web.de**

Ein notwendiger Blick auf 1993:

Die IV. Internationale hat in Bezug auf die ehemalige UdSSR und die osteuropäischen Länder immer differenziert zwischen der Natur des Staates, seiner sozialen und wirtschaftlichen Grundlage und der Natur der Bürokratie, die ihn kontrolliert hat.

1993 hat der Berichterstatter im Namen des Büros des Internationalen Sekretariats in seinem Bericht, der im Rahmen der Dokumente, die zur Vorbereitung der Reproklamationskonferenz im Juni veröffentlicht wurde, die Frage gestellt:

„Hat das Programm der IV. Internationale in der Entwicklung der Ereignisse seine Gültigkeit bewiesen?“ Zitieren wir aus dem 2. Kapitel, »Über die Natur der Bürokratie« den Abschnitt »Deutschland liefert den Beweis«

Weder dem Imperialismus noch der Bürokratie ist es bisher gelungen, die aus der Revolution von 1949 hervorgegangenen sozialen Verhältnisse umzustürzen. Die Folgen der Zerstörung dieser sozialen Verhältnisse in China wären hundertmal schlimmer als das, was in der ehemaligen Sowjetunion ab 1991 geschah. Aber auch der Arbeiterklasse ist es nicht gelungen, die Grundlagen der staatlichen Wirtschaft zurückzuerobern, die staatliche Wirtschaft in ihren Dienst zu stellen und ihren Weg zum Sozialismus wieder aufzunehmen. Die Lösung dieser Widersprüche, um es mit Leo Trotzkis Formel für die UdSSR von 1936 zu sagen, wird auf dem Boden des Klassenkampfes erfolgen, sowohl in China als auch international.

Die Arbeiter weltweit müssen Partei ergreifen

Die Krise des Kapitalismus bewirkt, dass eine Koexistenz zwischen den beiden Systemen nicht mehr möglich ist. Trump sagt: Wir werden diese Frage klären, indem wir die chinesische Führung in die Knie zwingen, indem wir die Rückkehr zum Kapitalismus erzwingen, indem wir notfalls zum Krieg übergehen. Aber die Arbeiterklasse kann die Frage auf eine andere Weise regeln. Deshalb sind wir der Meinung, dass in einem Konflikt zwischen dem US-Imperialismus und China die Arbeiter weltweit nicht neutral sein können. Das hat uns der chinesische Genosse auf der Internationalen Konferenz vom 21. März gesagt: „Arbeiter Frankreichs: Ein Krieg gegen China wäre ein Krieg für die Märkte, ein Klassenkrieg. Im Falle eines militärischen Angriffs der USA müssen die Arbeiter weltweit an der Seite Chinas stehen, das heißt an der Seite der chinesischen Arbeiter, unabhängig vom Regime der Kommunistischen Partei Chinas!“ ■

Hat das Programm der IV. Internationale in der Entwicklung der Ereignisse seine Gültigkeit bewiesen?

Über die Natur der Bürokratie

Deutschland liefert den Beweis

Wenn die Öffnung der osteuropäischen Länder in irgendeiner Weise den Ausgangspunkt für einen neuen Aufschwung des Systems, das auf dem Privateigentum an den großen Produktionsmitteln gründet, hätte bilden können, dann hätte sich das zweifellos am ehesten in Deutschland bewiesen.

Und zwar erstens, weil der westdeutsche Kapitalismus der mächtigste und der erfolgreichste Kapitalismus Europas ist. Und zweitens, weil die Realisierung der Einheit der deutschen Nation die deutsche Regierung dazu verpflichtet hat, die Einheit des Marktes zu realisieren.

Wie sieht nun die politische Bilanz in diesem Land nach zwei Jahren aus? In Deutschland wurde eine besondere Institution für die Privatisierungen gegründet, die Treuhandanstalt. »Die Zeit« aus Hamburg schrieb im September 1992, daß „die Bilanz der Treuhand als der Institution, die mit der Privatisierung der Unternehmen der Ex-DDR beauftragt ist, in der Feststellung des quasi kompletten Mißerfolgs besteht“. Der größte Teil der durchgeführten Privatisierungen beschränkt sich, nach den offiziellen Zahlen, auf kleine und mittlere Unternehmen. Ein Drittel der privatisierten Unternehmen beschäftigte weniger als 200 Personen, ein Drittel zwischen 200 und 400, nur ein Fünftel der privatisierten Unternehmen erreicht oder übersteigt die Zahl von 1.000 Beschäftigten.

Der Vorsitzende der gesamtdeutschen Metallergewerkschaft

IG Metall, Franz Steinkühler, hat Anfang des Jahres 1992 betont, daß „die Milliardensubventionen aus den Staatshaushalten nicht in ein Beschäftigungsprogramm für die ostdeutschen Arbeitnehmer flossen, sondern der Bereicherung der westdeutschen Unternehmer dienten“.

Was sind die Fakten? Ende 1989 wurden 4 Millionen Arbeitsplätze unter die Kontrolle der Treuhand gestellt. Von den 4 Millionen waren am 1. April 1992 1.100.000 privatisiert, 1.600.000 Personen verloren in Ostdeutschland ihren Arbeitsplatz. Die Treuhand hat noch die Kontrolle über 1.200.000 Beschäftigte, und ihr Sprecher kündigte an, daß von ihnen bis Ende 1992 300.000 bis 400.000 entlassen werden.

Die Metall- und die Elektroindustrie sind davon besonders betroffen. Von 60.000 Beschäftigten in der Stahlindustrie sollen höchstens 14.500 übrigbleiben. In der Schwerindustrie (Maschinenbau und industrieller Anlagebau) hat die Treuhand von den früher existierenden 100.000 Arbeitsplätzen im ganzen 6.400 privatisiert. Von 261.000 Arbeitsplätzen in der Elektroindustrie wurden bis heute 49.000 privatisiert. In der Automobilindustrie haben sich die großen Firmen der Ex-BRD, Volkswagen, Opel, Daimler Benz, die Filetstücke geteilt, 30.000 Arbeitsplätze von vorher 180.000 wurden privatisiert.

Wenn »Die Zeit« von der Feststellung des quasi kompletten Fehlschlags spricht, so muß man genauer sagen: Ja, ein Fehlschlag, aber nur für die, die an die Versprechen wirtschaftlich „blühender Landschaften“ glaubten, die sich unweigerlich nach der »Öffnung für die Marktwirtschaft« erfüllen würden. Das Gegenteil beweisen Arbeitslosigkeit, industrielle Zerstörung, wirtschaftlicher und sozialer Verfall. Doch was die Profite und die Spekulation angeht, kann man nicht vom Fehlschlag reden. Einige wenige haben von dieser Situation profitiert. Zuerst die westdeutschen Unternehmer, die die Gelegenheit hatten, für ein Spottgeld Filetstücke, ostdeutsche Immobilien, ostdeutsches Industriegelände zu kaufen. Und die Organisatoren der gigantischen Arbeitsplatzvernichtung von der Treuhand, in der Mehrheit ehemalige Würdenträger des untergegangenen stalinistischen Regimes, erhalten jetzt üppige Direktorengehälter.

Gleichzeitig hat die deutsche Regierung, die Millionen Arbeiter der Ex-DDR in die Arbeitslosigkeit entläßt, einen Plan von noch nie dagewesener Brutalität gegen die Arbeiter ganz Deutschlands, einschließlich der Ex-BRD, beschlossen: Einfrieren der Löhne, Kürzungen der Sozialleistungen für mehrere Jahre, Privatisierungen im öffentlichen Dienst. Für die Durchführung dieses Plans fordert sie die nationale Union zwischen Kohl und der SPD.

Im Gegensatz zu den Behauptungen der offiziellen Beweihräucherer des Kapitalismus liegt der Fehlschlag der Privatisierung in Deutschland nicht an einem Kapitalmangel. Eine Tageszeitung des großen deutschen Finanzkapitals, das »Handelsblatt«, hat bereits am 27. Mai 1991 sehr klar auf die Frage geantwortet: „Denn die westdeutschen Unternehmer verfügen über ein investitionsbereites Liquiditätspotential,

mit dem man auch drei Wiedervereinigungen finanzieren könnte. Wenn sich solche Investitionen nur ökonomisch rechnen. Weil sie sich nicht rechnen, bleibt sowohl das deutsche wie das internationale Kapital in Wartestellung.“

Nach dem Monatsbericht der Deutschen Bundesbank vom Mai 1991 haben die westdeutschen Produktionsunternehmen im Jahre 1990 ein Geldvermögen von 187 Milliarden DM neu gebildet. Sie verfügen insgesamt über liquide Mittel von 1.536 Milliarden DM, wovon 682 Mrd. DM hochverzinslich auf Terminkonten bei in- und ausländischen Kreditinstituten und in Geld- und Rentenmarkttiteln angelegt waren. Sie kassierten aus diesen Anlagen 31 Mrd. DM an Zinserträgen.

Das fungible (flüssige) Geldvermögen von 670 Mrd. DM entspricht dem Zweieinhalfachen der gesamten Anlageinvestitionen dieser Produktionsunternehmen im Durchschnitt der letzten drei Jahre. So üppig ist das Liquiditätspotential der deutschen Wirtschaft noch nie gewesen. (...)

Das Geldvermögen rentiert sich heute mit bis zu 9%, seine Transformation in Sachanlagen in den Beitrittsländern würde auf absehbare Zeit den Verzicht auf eine Rendite oder vielleicht sogar die Hinnahme von Verlusten bedeuten. (...)

Warum also die Sachinvestition? Sie wäre nur dann lohnend, wenn Ostdeutschland im gemeinsamen Währungsgebiet wesentliche Standortvorteile anbieten könnte, wenn z.B. die Löhne deutlich unter dem westlichen Niveau geblieben wären.“

Alles ist in diesem Satz enthalten: Warum in die Produktion investieren? Das Kapital wächst und gedeiht an den Finanzplätzen. Warum soll es dann in die Produktion investieren, wenn die Spekulation in kürzester Zeit größte Profite verspricht? Das ist die Logik des Überlebens des Systems des Privateigentums an den großen Produktionsmitteln. Es endet bei der Organisierung des Verfalls der Produktivkräfte, des Verfalls der Produktion selbst, und bläht gleichzeitig alle parasitären Prozesse auf, die keine andere Funktion haben, als sich einen Teil des Mehrwerts anzueignen.

(...)

Die Unfähigkeit des Systems, das auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruht, neue Märkte in Osteuropa aufzubauen (und sich ihnen zu öffnen), hat eine allgemeinere Bedeutung. Sie bezeugt die grundsätzliche Unfähigkeit dieser Produktionsweise, die in ihre Phase des Rückschritts und der Fäulnis eingetreten ist, noch irgendein neues Wachstum der Produktivkräfte der Menschheit hervorzubringen. In vielerlei Hinsicht wird das Jahr 1990 in die Geschichte eingehen als ein Jahr der Wende in der Entwicklung der Krise des kapitalistischen Weltsystems. Weil die Wachstumsrate der Weltproduktion nach eigenen Angaben der UNO niedriger als der Bevölkerungszuwachs war, erlebte das Jahr 1990 ein negatives Pro-Kopf-Wachstum des weltweiten Bruttosozialprodukts.

Die bekannten Zahlen für 1991 und 1992 (0,4 % für 1992) und die vorausgesagten für 1993 unterstreichen nur diese Tendenz zum Verfall.“ ■

Nach 1989:

Die Öffnung zur »freien Marktwirtschaft« brachte sowohl dem Osten, als auch dem Westen eine wirtschaftliche Katastrophe mit Entindustrialisierung und Privatisierung, Massenarbeitslosigkeit etc. Dagegen richtete sich der Widerstand: gegen die Privatisierung des gesellschaftlichen Eigentums und gegen die Zerschlagung der Flächentarifverträge.

Diese Einheit der Werktätigen in Ost und West richtet sich gegen die wirtschaftliche Katastrophe, die nur ermöglicht wurde durch den Verrat von SPD- und DGB-Führung sowie der Führung der PDS, die bei der Privatisierung immer vorne dabei sein wollten und waren.

Die Regierung Modrow (SED/PDS) sah sich mit Streiks, Streikandrohungen, Protesten der Werktätigen, den Forderungen nach höheren Löhnen, verbesserten Arbeitsbedin-

gungen, der Verteidigung der sozialen Sicherheit u.v.a.m. konfrontiert. Die Preisgabe »ihrer« Betriebe und allen Errungenschaften, die damit verbunden waren, stand für die Werktaetigen zu keinem Zeitpunkt zur Debatte.

Andererseits war die Regierung Modrow mit den Forderungen des Kapitals im Westen und der Regierung Kohl, die ihre Satelliten in der DDR-Regierung hatte (de Maizière u.a. der CDU), nach Privatisierung, d.h. der Zerschlagung des Staatseigentums unter bürokratischer Kontrolle konfrontiert. Sie reagierte entsprechend der Anforderungen des Kapitals. Deutlich wird dies u.a. mit dem »Gesetz über die Rechte der Gewerkschaften in der Deutschen Demokratischen Republik«, das von der Volkskammer am 6. März 1990 beschlossen wurde. Darin heißt es in § 18. (1): *„Die Gewerkschaften haben das Recht auf Streik. Ein Streik ist erst zulässig nach erfolglosem Schlichtungsverfahren. Die Regierung kann einen Streik aus Gründen des Gemeinwohls aussetzen.“*

Die Zielsetzung dieses reaktionären Gesetzes lebt bis heute fort in den Forderungen von CDU, AfD und FDP zur Einschränkung des Streikrechts. CDU, AfD, FDP fordern unisono, dass Schlichtungen immer dem Streik und damit zu seiner Verhinderung vorausgehen müssen und Regierungen Streiks verbieten können, wenn sie das »Gemeinwohl« gefährdet sehen. Dass die Führung der SED/PDS mit diesen arbeiterfeindlichen Maßnahmen kein politisches Problem hatte, erklärt sich aus ihrer Geschichte. In Artikel 14 der Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949 heißt es: *„Das Streikrecht der Gewerkschaften ist gewährleistet.“* Mit der Verfassung vom 9. April 1968 ist vom Streikrecht nicht mehr die Rede.

Die Privatisierung des Staatseigentums wurde durch die Treuhand organisiert. Beschlossen wurde die Gründung dieser Organisation im März 1990 durch den Ministerrat der DDR. Am 17. Juni 1990 beschloss die Volkskammer der DDR das »Treuhandgesetz«, das vollständig: *„Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens“* heißt. Der Präsident der Treuhand, Rohwedder, ehemaliger Staatssekretär der SPD im Wirtschaftsministerium, sagte der *Wirtschaftswoche* (23.11.1990): *„Ich will in der ehemaligen DDR in den kommenden Jahren eine Wirtschaftsstruktur schaffen, die der bundesdeutschen entspricht, das heißt eine Struktur, in der der Staat sich sehr stark zurückgenommen hat, in der das Kapital in privater Hand die wichtigste Rolle spielt.“* Rohwedder wusste genau was das für die Werktaetigen in der DDR hieß, hatte er doch schließlich den Dortmunder Stahlkonzern Hoesch »erfolgreich« saniert, bis – nach der Übernahme durch Krupp - nur noch Trümmer davon übrigblieben.

Die Aufgabe der Treuhand war folglich von Anfang an darauf ausgerichtet die Privatisierung des Staatseigentums zu organisieren als Institution des Diebstahls des Staatseigentums durch seine Plünderung. Auf der Basis der Verarmung der Arbeiterklasse im Osten häuften in mafioser Form Kapitalisten ungeheure Reichtümer an.

Ende 1990 traten dann H. Rappe (Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik), H.-W. Meyer (DGB-Vorsitzender), R. Issen (DAG) und H. Klaus (IG Metall-Vorstand) in den Verwaltungsrat der Treuhand ein - alle vier natürlich Mitglieder der SPD.

Aufgrund des Fehlens einer unabhängigen Arbeiterpartei, aufgrund des Fehlens einer revolutionären Partei der IV. Internationale, die für die sozialistische Einheit Deutschlands kämpfte, konnten die Apparate die revolutionäre Bewegung des deutschen Proletariats einzudämmen und ihm seine »Einheit« aufzwingen in Form der Ausweitung des Privateigentums an den Produktionsmitteln auf ganz Deutsch-

land – gegen die Ausweitung des Staatseigentums – mit den bis dato ungekannten Zerstörungen in Friedenszeiten!

Eine bis dato ungekannte Zerstörungen in Friedenszeiten

1974 schreibt der Spiegel, *„hat sich die DDR in der Weltrangliste der Industrieländer den zehnten Platz erobert -- gemessen an der industriellen Produktion liegt Ostdeutschland etwa zwischen Italien und Kanada.“*

Die DDR als einer der wichtigsten Standorte der industriellen Produktion muss verstanden werden vor dem Hintergrund, dass die DDR – wie die gesamten RGW-Staaten – seit 1949 den »Sanktionen« der NATO-Staaten unterlag, also dem Verbot der Lieferung nicht nur von Waffen, sondern v.a. von Rohstoffen, Gütern, Technologien etc. unter Führung des US-Imperialismus ausgesetzt war. Federführend war (bis 1994) das Coordinating Committee on Multilateral Export Controls, CoCom (*Koordinationsausschuss für multilaterale Ausfuhrkontrollen*).

Das System der »Sanktionen« ist also keineswegs neu. Es dient einzig und allein dem Ziel, den Gegner zu ruinieren. Faktisch ruiniert es die Werktaetigen der Länder, gegen die sich die Embargos richten. Am Beispiel der DDR war dies immer deutlich am Beispiel ihrer Produktion – gegen Devisen - für den Westen. Hochwertige Waren aller Art gingen über die Versandhäuser der BRD in den Westen. Für die Bevölkerung in Ostdeutschland standen kaum Kontingente dieser Produktion zur Verfügung.

Die Arbeit der Treuhand führte schließlich dazu, dass Ostdeutschland innerhalb von zwei Jahren fast seiner gesamten industriellen Basis beraubt wurde. Von den 10 Mio. Werktaetigen blieben bereits 1992 nur noch 6 Mio. In der Industrie wurden 75 – 80 Prozent der Arbeitsplätze zerstört. In der Industrieforschung wurden 1993 noch rd. 15.000 Stellen gezählt. 1989 waren es 85.800.

Wie ein Genosse resümiert: *„Die Führung der Gewerkschaften des DGB, mit denen wir uns im Interesse der Einheit mit unseren westdeutschen Kolleginnen und Kollegen verbunden haben, und die Führung der SPD, in die wir ursprünglich unsere Hoffnung als Arbeiterpartei gesetzt hatten und die Führung anderer Parteien, die sich auf unsere Interessen berufen, haben das Kapital, die Treuhand, die Banken und Konzerne gewähren lassen, sie haben das Diktat des Einheitsvertrages abgedeckt und ihm zugestimmt.“*

„Die Führungen der Arbeitnehmerorganisationen haben uns nicht geschützt vor dem Kahlschlag, den die „Konkursverwalter“ im Osten angerichtet haben.“

Die zugrundeliegende Realität:

Der »Sozialpartnerschaft« und dem »freien und unverfälschten Wettbewerb« der EU-Direktiven verpflichtet, war die Grundpositionen der Führung der DGB-Gewerkschaften und des DGB bestimmt von der Begleitung der Entindustrialisierung, Privatisierung und Zerschlagung aller damit verbundenen Strukturen, bis tief in die gesamte soziale Infrastruktur.

Bezeichnend ist die »gemeinsame Erklärung von DGB, DAG [Deutsche Angestelltengewerkschaft], und THA [Treuhandanstalt] vom 13. April 1991. DGB, DAG und Treuhandanstalt erklären darin, dass sie „davon ausgehen (müssen), dass ... ein erheblicher Arbeitsplatzabbau unvermeidlich sein wird.“ Für die Zerstörung des Arbeitsplatzes gab es nach dieser Vereinbarung – als »angemessen« eingestuft – eine Summe von vier Monatsbruttoeinkommen, „sofern das Unternehmen zur Erfüllung eines solchen Sozialplanes in der Lage ist.“ Neben weiteren und schlechteren

Regelungen heißt es dann: „*Die Verteilung der Sozialplanvolumina wird ausschließlich den Betriebspartnern überlassen. Sie sollen ihrer Verantwortung entsprechend sozialverträgliche und betriebsspezifische Lösungen finden. Dabei soll im Regelfall ein Abfindungshöchstbetrag definiert werden.*“ Damit war Tür und Tor geöffnet für die Liquidierung der Wirtschaft in Ostdeutschland - mit dem Schutz der Führung der DGB-Gewerkschaften, die im Verwaltungsrat der Treuhand saßen.

Tatsächlich, das belegen die Dokumente bei Gehrke/Hürtgen in »Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989«, gab es in den Betrieben unterschiedlich stark und klar ausgeprägt eine ganz andere Bewegung: „*SED raus aus den Betrieben*“; „*Offenlegung aller Informationen durch die Betriebsleitung*“ waren Forderungen aus den Belegschaften von Betrieben auf der Linie der Arbeiterkontrolle über die Produktion.

Hürtgen stellt in ihren Thesen fest: „*Der Apparat der Staatssicherheit, aber auch die anderen staatlichen Organisationen, waren noch bis Januar 1990 hinein damit beschäftigt, sich Informationen über die Situation in den vor allem großen Betrieben der DDR zu verschaffen. Die größte Sorge galt einem Aufruhr in den Betrieben, gar einem Generalstreik.*“

Es gibt zahlreiche dramatische Beispiele für die Zerstörung. 2018 schrieb ein Genosse: „*Ich möchte an den heroischen Arbeitskampf der Kumpel im Kali-Werk Bischofferode erinnern. Unter der Losung »Thüringen brennt, Bischofferode ist überall« haben die Kumpel und die gesamte Region Thüringens wochenlang über Werksbesetzung, Hungerstreik, Demonstrationen etc. versucht, ihre Grube zu verteidigen und zu erhalten. Es war ein ungleicher Kampf, ihre Gegner BASF, »Kali und Salz« (K + S), die Treuhandanstalt, die Regierung Kohl, natürlich der Europäische Union und selbst die Gewerkschaft IG Bergbau und Energie waren sich einig, eine ganze Region sterben zu lassen. Nach der Wende arbeiteten allein in der Bergbaugrube Bischofferode noch über 2.000 Menschen. Kurz vor der Schließung waren es noch 700. Nach den Daten des Landesamtes für Statistik arbeiteten im Bergbau in Thüringen am 1. Januar 1991 in zehn Betrieben 16.459 Beschäftigte. Am 30. September des Jahres schon nur noch 7.590 Beschäftigte. Im Jahr 1993 (Monatsdurchschnitt) waren in nur noch sechs Betrieben 2.937 Kumpel beschäftigt, davon im Kalibergbau (vier Betriebe) noch 2.484. Im Jahr 2015 sind noch 712 beschäftigt.*“

Oder das Beispiel Sömmerda in Thüringen: 1990 lebten dort 25.500 Einwohner. Bis zur »Wende« und dem Kahlschlag durch die Treuhand arbeiteten rd. 15.000 beim größten Werk der Gegend, »Robotron«. Mit diesem Werk verbunden waren die Sozialeinrichtungen der Stadt, wie die Kitas, Schwimmhalle, Kultureinrichtungen etc. Genossen beschreiben diese an das Staatseigentum gebundenen Einrichtungen als »zweite Lohntüte«! Dieses Staatseigentum wurde durch die Treuhand völlig zertrümmert. In der Konsequenz mussten viele Kolleginnen und Kollegen aus der ehemaligen DDR jetzt im Niedriglohnsektor, in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen etc. arbeiten. Die Konsequenz sind die niedrigeren Renten z.B. in Thüringen und den anderen Bundesländern im

Osten.

Die »zweiten Lohntüte« aus Sicht der Werktägigen

In der DDR wurden staatliche Mittel als »zweite Lohntüte« bezeichnet. Dazu zählten gedeckelte Mieten, kostenlose medizinische Versorgung, Kindergärten, Kindergeld, Erholung, Kultur und steigende Renten; aber auch verbilligte Grundnahrungsmittel, Energie (Strom, Gas), Wasser (war kostenfrei), Verkehrsmittel Bahn, Bus. (Werktägige wurden kostenlos zur Arbeit und wieder nach Hause gefahren). Ebenfalls waren das tägliche Mittagessen in den Betrieben, Schulen, Kindergärten und -krippen sowie Verteilung von kostenfreier Milch in den Schulen durch staatliche Gelder verbilligt oder kostenfrei.

Noch einmal: Die Arbeiter weltweit müssen Partei ergreifen!

Diese unvollständige Skizze zeigt exemplarisch die bis dato ungekannten Zerstörungen in Friedenszeiten durch die Zerstörung des Staatseigentums - wenn auch unter bürokratischer Kontrolle - und die Einführung des Regimes des Privat-eigentums an den Produktionsmitteln.

Die Werktägigen in Deutschland – nicht nur im Osten, denn im Westen richteten die Regierung brutalste Angriffe auf die Errungenschaften der Werktägigen – wissen also, was unter Führung des US-Imperialismus die Ziele der unübersehbaren Kriegsvorbereitungen gegen China sind: Liquidierung des Staatseigentums und aller daran gebundenen Errungenschaften, Institutionen der Arbeiterklasse im Staat (Bildung, Kultur, Sport Gesundheitsversorgung u.v.a.m.), Liquidierung der Produktion, ungeahnte Massenarbeitslosigkeit und massive Verarmung der Werktägigen...

Deutschland und die anderen imperialistischen Mächte in Europa stehen dabei an der Seite des US-Imperialismus als treue Alliierte, die darauf bedacht sind, sich ihre Filetstücke zu sichern.

Die Erfahrung der Werktägigen in Deutschland verlangt, dass sie fest an der Seite ihrer chinesischen Kolleginnen und Kollegen stehen, entschieden den Kriegsvorbereitungen und dem Krieg gegen China entgegentreten, weil dieser Krieg ein Krieg gegen das Staatseigentum ist, das wir als Errungenschaft verteidigen – als Errungenschaft, die für die Verteidigung der Errungenschaften, die die Arbeiterklasse in ihren jeweiligen Ländern erkämpft hat, von zentraler Bedeutung ist als eine internationale Bastion. Und die Erfahrung der Werktägigen mit der SED in Deutschland zeigen zugleich, dass die Bürokratie immer die Linie verfolgt, sich dem Imperialismus zu unterwerfen – in Deutschland wie in China.

1989 haben die Werktägigen in Deutschland aufgrund des Fehlens einer unabhängigen Arbeiterpartei, aufgrund des Fehlens einer revolutionären Partei der IV. Internationale, die Zerschlagung des Staatseigentums mit ihrer umfassenden Zerstörung nicht verhindern können. Die Arbeiterklasse in China wird ihre Lösung finden.

